

MICHAEL BRIE

CHINAS SOZIALISMUS NEU ENTDECKEN

EIN HELLBLAUES BÄNDCHEN
JENSEITS DER FROSCH-
PERSPEKTIVE AUF
EIN SPANNENDES
EXPERIMENT

VSA:



Michael Brie
Chinas Sozialismus neu entdecken

Michael Brie ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von ihm erschien zuletzt bei VSA: »SOZIALISMUS neu entdecken« (2022) sowie der gemeinsam mit Jörn Schütrumpf verfasste Band »Rosa Luxemburg. Eine revolutionäre Sozialistin an den Grenzen des Marxismus« (2021).

Michael Brie

Chinas Sozialismus neu entdecken

Ein hellblaues Bändchen

jenseits der Froschperspektive

auf ein spannendes Experiment

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de
www.rosalux.de

Die Drucklegung wird finanziell gefördert von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© VSA: Verlag 2023, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten:
Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-96488-182-3

Inhalt

Vorwort	7
Kapitel 1	
Jenseits der Froschperspektive	11
Kapitel 2	
Deng Xiaopings Schlaflosigkeit und der Chinesische Traum	25
Kapitel 3	
Sozialismus oder Staatskapitalismus?	31
Der Suchprozess der KPCh seit den 1950er-Jahren	31
Die Doppelstrategie der KPCh	33
Modernisierung chinesischer Prägung im neuen Zeitalter ..	38
Kapitel 4	
Die KPCh als kommunistischer Kaiser: Neugründung und sozialistische Transformation Chinas	42
Kapitel 5	
Chinas Transformation als Hegemonisierung der Gesellschaft durch die Kommunistische Partei	48
Kapitel 6	
Das Wirken der zwei allgemeinen Formeln des Sozialismus in China	59
Kapitel 7	
Ist nur die liberale Demokratie demokratisch?	67
Demokratie des Volkes, durch das Volk, für das Volk	76
Herrschaft des Volkes: Eine Organisation mit eiserner Hand, um Sand zu Stein zu formen	84

Herrschaft durch das Volk: Konsultative Demokratie	86
Demokratie für das Volk: Die KPCh als Dienstleisterin für das Volk	91
Die arbeitenden Klassen als Akteure der Transformation . .	93
Die Paradoxa des chinesischen politischen Systems	98

Kapitel 8

Sozialismus als geplante Mischwirtschaft	101
Planung mit chinesischer Prägung	102
Das Finanzsystem unter Kontrolle und die Regionen im Wettbewerb	109
Die Vielfalt der Besitzformen	112

Kapitel 9

Die chinesische Nation und die Politik in Xinjiang	116
---	------------

Kapitel 10

Stärken und Schwächen des gesellschaftlichen Systems Chinas	126
--	------------

Kapitel 11

Chinas (Wieder-)Aufstieg zu einem der Zentren der Welt . . .	135
Die Einschätzung der Ziele Chinas	139
Die Vision einer neuen internationalen Ordnung	147
China als reformorientierte globale Macht und die Gefahr eines Neuen Kalten Krieges	151
China auf dem Weg zu einem eigenständigen Zentrum in der Welt?	155
Literatur	158

Vorwort

»Scheinbar ist es eine sehr seltsame und sehr paradoxe Behauptung, dass die nächste Erhebung der Völker Europas und ihr nächster Schritt im Kampf für republikanische Freiheiten und ein wohlfeileres Regierungssystem wahrscheinlich in großem Maße davon abhängen dürfte, was sich jetzt im Reich des Himmels – dem direkten Gegenpol Europas – abspielt,¹ mehr als von jeder anderen zur Zeit bestehenden politischen Ursache – mehr sogar als von den Drohungen Russlands und deren Folgen, nämlich der Wahrscheinlichkeit eines gesamteuropäischen Krieges.« Karl Marx im Jahr 1853 (1960: 95)

»Wenn das zwanzigste Jahrhundert mehr als jedes andere Einzelereignis vom Verlauf der Russischen Revolution beherrscht wurde, so wird das einundzwanzigste Jahrhundert vom Ausgang der Chinesischen Revolution geprägt sein.« (Anderson 2010: 59)

Das vorliegende Buch schließt an ein anderes Buch an – »Sozialismus neu entdecken«. Beide wurden fast zeitgleich geschrieben. Während im »Sozialismus neu entdecken« versucht wird, einen allgemeinen, vor allem begrifflichen Zugang zum Verständnis von Sozialismus zu entwickeln, ist dieses Buch Chinas Sozialismus gewidmet. Auch in der Frage nach dem Verständnis von Sozialismus ist China der Elefant im Raum. Die Fragen, die China aufwirft, waren viel zu groß, um sie als Schlusskapitel in das Buch »Sozialismus neu entdecken« zu integrieren. Umgekehrt war es vor allem die Herausforderung, die der »Sozialismus chinesischer Prägung« aufwirft, die mich gezwungen haben, die Fragen von Sozialismus erneut zu stellen. Dazu hat vor allem der Aufenthalt an der Fudan-Universität in Shanghai im Herbst 2018 beigetragen, für den ich Prof. Zhang Shuangli und dem Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter Leitung

¹ Marx verweist auf die große Taiping-Revolution von 1850 bis 1864.

von Jan Turowski zu danken habe. Das Konzept von Sozialismus im Buch »Sozialismus neu entdecken« ist stark durch mein Verständnis der chinesischen Entwicklung beeinflusst und das vorliegende Buch wiederum durch den Begriff von Sozialismus, den ich im vorhergehenden Buch auszuarbeiten suchte. Beide Bücher spiegeln sich so ineinander, auch wenn es mir nicht gelungen ist, die Einheit so direkt herzustellen, wie ich es eigentlich wollte. Für Kommentare zum Manuskript möchte ich mich vor allem bei Hilde und Helmut Ettinger, Mechthild Leutner, Dieter Klein und Jan Turowski bedanken.

Chinas sozialistischer Weg unterschied sich von Anfang an von dem der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder, nimmt man die Periode zwischen 1949 und 1958 aus. Die Differenzen wurden mit dem Beginn der Periode von Reform und Öffnung 1978 und nach 1989 erneut deutlich. Chinas Kommunistische Partei hat viele Doktrinen des sowjetischen Erbes über Bord geworfen und zugleich die wichtigste institutionelle Erfindung des sowjetischen Sozialismus, die leninistische Partei, in ihrer chinesischen Prägung bewahrt und unter den Bedingungen von Reform und Öffnung mit ihren liberalen Zügen weiterentwickelt. In »Sozialismus neu entdecken« habe ich darauf hingewiesen, dass ein lebensfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert zugleich das kommunistische wie das liberale Erbe in sich aufnehmen muss. China ist der Beweis dafür, dass dies – zumindest auf Zeit – gelingen kann. Eine Verbindung der Gegensätze ist möglich. Im Weiteren versuche ich, die damit verbundenen Perspektiven im politischen und wirtschaftlichen Bereich und dem der Ideologie darzustellen.

Wenn man dieses Buch liest, sollte man sich bewusst sein, dass es kein Buch über China selbst ist, sondern ein Buch, das aus dem Bemühen entstand, von einer sozialistischen Position aus über China nachzudenken. In dem Text wird also auf einer Metaebene argumentiert. Es ist mein Versuch, einen Vorschlag der Orientierung zu erarbeiten, um die Entwicklung in China zu begreifen. Er soll helfen, das Sozialistische in Chinas Entwicklungsweise zu erkennen. Es geht um einen Begriff von den Widersprüchen der Entwicklung Chinas. Kategoriale Fragen neh-

men deshalb einen breiten Raum ein, denn ihre Klärung ist die Bedingung, sich zu orientieren. Ich teile mit Jan Turowski den Eindruck, dass viele in der europäischen und deutschen Linken Chinas Widersprüche vor allem »als gut oder schlecht, richtig oder falsch« diskutieren, um sich »mit diesen Widersprüchen nicht auseinandersetzen zu müssen« und um gleichzeitig die »eigene strategische Visionslosigkeit und/oder schwache Mobilisierungs- und Transformationsfähigkeit ignorieren« (Turowski 2023) zu können.

Dieses Buch hat einen sehr bescheidenen Anspruch. Es wird versucht – auf einer sehr begrenzten Literaturbasis und nach vielen Gesprächen mit chinesischen Kollegen – zu erkunden, welche Fragen China vor allem an die europäische Linke stellt. Es handelt sich um eine eigene Interpretation, die nicht zuletzt dadurch erschwert ist, dass viele Prozesse in China, insbesondere wenn sie die wichtigste Institution des Landes betreffen, die KPCh, empirischer Analyse weitgehend unzugänglich sind. Die begrenzten Möglichkeiten der autonomen Selbstorganisation von sozialen Gruppen und Klassenbewegungen machen es zudem schwer, diese wesentliche Triebkraft der Entwicklung zu rekonstruieren.

Mein Blick auf China ist subjektiv. Erstens bin ich China persönlich eng verbunden – seit 1958, als ich mit meinen Eltern und Brüdern zum ersten Mal mit einem sowjetischen Flugzeug in Beijing landete. Zweitens habe ich selbst bis 1990 in einem Land gelebt, das sich als sozialistischer Staat verstand. Drittens ist dieses Buch von einem sozialistischen Standpunkt geschrieben.

Heute sind Worte wie »China-Versteher« zu Schimpfworten geworden. Das ist eine katastrophale Verengung im öffentlichen Diskurs auch der Linken, die sich damit dem Mainstream anpasst. Jede ernsthafte Kritik verlangt die Konstruktion eines Raums, in dem das, was kritisiert wird, zunächst einmal analysiert und verstanden wird. In diesem Buch finden sich viele Zitate aus Büchern und Artikeln, die genau durch dieses Bemühen geprägt sind. Eine der Voraussetzungen für das Verstehen Chinas ist, zu begreifen, dass aus chinesischer Sicht das Europa, in dem wir leben, »als eine janusköpfige Zivilisation mit einer

entsetzlichen Fratze der Barbarei [erscheint], die ihrerseits in eine heilige Fassade absoluter Werte und Ideen verpackt wird« (Hu 2022: 190).

Die Frage danach, ob der Blick auf China es erlaubt, auch das Sozialistische im 21. Jahrhundert neu zu entdecken, impliziert, dass auch gefragt wird, ob Chinas Entwicklungsweg nicht nur ein anderer ist als der der USA oder Westeuropas, sondern ob er Tendenzen einer über den Kapitalismus positiv hinausweisenden Gesellschaft enthält, Keime eines Neuen, das auch die Errungenschaften vorkapitalistischer Gesellschaften aufgreift. Darüber können erst zukünftige Generationen ausgehend von gemachten Erfahrungen urteilen. Was aber schon heute möglich ist, ist, die spezifischen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen Chinas zu verstehen, die Aspirationen des chinesischen Volkes und seiner Regierung zu begreifen und ausgehend davon China mit jenem Respekt zu begegnen, den es verdient. Eines zumindest ist klar: Ohne eine besondere Leistungsfähigkeit wären die unübersehbaren Erfolge nicht erreicht worden. Vielleicht aber begann mit der Reform- und Öffnungspolitik seit 1978 tatsächlich ein neues Zeitalter und China stößt tatsächlich die Tür zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts auf.

Kapital 1

Jenseits der Froschperspektive

In China erzählt man sich die Fabel vom Frosch im Brunnen (井底之蛙). Der Frosch sei so glücklich und zufrieden mit seinem Leben in einem Brunnen gewesen, dass er die altherwürdige Meeresschildkröte überreden wollte, mit ihm dort zu leben. Denn hier, in seinem tiefen Brunnen, sei alles vollkommen in seiner Stille und Harmonie. Die Meeresschildkröte wurde neugierig und besuchte den Frosch. Als sie aber in den Brunnen hineinsah, schrak sie zurück: Zu klein war hier die Welt, zu winzig auch der Himmel, den man von unten aus dem Brunnen nur als hellen Punkt hätte sehen können. Sie sagte zum Frosch: »Selbst, wenn Du Dir eine Entfernung von eintausend Li vorstellst, hast Du noch keine Idee von der Weite des Meeres. Und selbst wenn Du Dir eintausend Ren vorstellst, hast Du noch keine Idee von seiner Tiefe.«¹

Der westliche Blick auf China, auch der vieler Linker, ist von einer solchen Froschperspektive geprägt. Aus chinesischer – und nicht nur aus chinesischer – Sicht hat der Westen die fundamentale Öffnung der Welt hin zu einer multipolaren Ordnung mit sehr unterschiedlichen Entwicklungspfaden noch nicht akzeptiert. Die Maßstäbe, die von den Europäern an die Welt und vor allem an China angelegt werden, scheinen aus Sicht vieler Chinesinnen und Chinesen völlig unpassend. Sie wissen, was es heißt, in einem solchen Brunnen zu sitzen, abgetrennt vom Rest der Welt. Auf der historischen Tagung des Zentralkomitees der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) im Dezember 1978, als der Prozess der Reform und Öffnung eingeleitet wurde, der China und die Welt verändern sollte, hatte Deng Xiaoping erklärt: »Dreißig Jahre Autarkie zwangen unseren Geist in die Abkapselung. Hinter uns liegen über zehn Jahre, in denen unser Horizont beschränkt war und wir uns sehr

¹ Ein Li sind rund 0,5 km, ein Ren rd. 1,50 m.

dünnelhaft gebärdeten. Wir saßen in einem Brunnen und meinten, dass der Himmel so groß wie die Brunnenöffnung sei. Dann wurde die Tür geöffnet und alles geriet aus dem Häuschen. Die Wirtschaft bäumte sich auf wie ein ungezügelttes Pferd.« (Zitiert in Stengl 2021: 85)

Das erste Vorurteil, das in Europa ausgeräumt werden muss, besteht darin, dass China über lange Zeit ein rückständiges, von der Welt abgeschottetes Land war, das in Stagnation verharrte und die Wiederkehr des ewig Gleichen unter den sich ablösenden Dynastien von Himmelskaisern zelebrierte. Hegel drückte dieses Vorurteil der völligen Geschichtslosigkeit Chinas und seiner Unfähigkeit zu Entwicklung so aus: »Mit dem Reiche China hat die Geschichte zu beginnen, denn es ist das älteste, soweit die Geschichte Nachricht gibt, und zwar ist sein Prinzip von solcher Substantialität, dass es zugleich das älteste und das neueste für dieses Reich ist. Früh schon sehen wir China zu dem Zustande heranwachsen, in welchem es sich heute befindet; denn da der Gegensatz von objektivem Sein und subjektiver Daranbewegung noch fehlt, so ist jede Veränderlichkeit ausgeschlossen, und das Statarische, das ewig wiedererscheint, ersetzt das, was wir das Geschichtliche nennen würden.« (Hegel 1986a: 147)

Die Realität sah völlig anders aus: Es gibt gute Gründe, von einer ersten industriellen Revolution zu sprechen, die sich lange vor der in Großbritannien am Ende des 18. Jahrhunderts ereignete – die komplexe technologisch-wirtschaftliche Umwälzung während der Sung-Dynastie (960–1279) auf den Gebieten der Eisen- und Stahlherstellung, des Transportwesens, der Papierherstellung und des Druckwesens, der Landwirtschaft und der Hochseefahrt sowie im Militärbereich (Schießpulver, Raketen) (siehe Needham 1956: 240–248; Hobson 2004: 50–61). Dies alles war mit einer kommerziellen Revolution der Warenwirtschaft verbunden. Noch älter ist der chinesische Beamtenstaat. Wie Francis Fukuyama feststellt: »Viele Elemente dessen, was wir heute unter einem modernen Staat verstehen, waren in China bereits im dritten Jahrhundert n. Chr. vorhanden, etwa achtzehnhundert Jahre bevor sie in Europa aufkamen.« (Fukuyama 2011: 19). Das Imperium der Qing verfügte im 18. Jahr-

hundert über »eine der größten und effizientesten Volkswirtschaften der Welt. Die frühe Qing-Ära zeigte große militärische Stärke, materiellen Wohlstand und soziale Stabilität und unterstützte eine enorme Expansion des Territoriums und der Bevölkerung in einer zunehmend kommerzialisierten, aber hauptsächlich agrarischen Wirtschaft. Globale Verbindungen führten zu einer kommerziellen Revolution, die China zum führenden Zentrum des Welthandels im 16. und 17. Jahrhundert und einem der wichtigsten Zentren der Weltwirtschaft machte. Einige seiner Industrien – zum Beispiel die Textil-, Eisen- und Keramikindustrie – gehörten ebenfalls zu den fortschrittlichsten der Welt. Eine Reihe hocheffizienter und hochentwickelter Institutionen wie die kaiserliche Regierung (eine hochkomplexe und effektive Verwaltungsorganisation), das Prüfungssystem, soziale Wohlfahrt und freie Märkte legten die Grundlage für eine blühende Gesellschaft.« (Mühlhahn 2022: 22) China besaß ein Regierungssystem von großer Leistungsfähigkeit, basierend auf einem unikalen meritokratischen System mit enger Verbindung von zentralstaatlicher Kontrolle und dezentraler Eigeninitiative dynamischer lokaler Gesellschaften. Die Wirtschaftsstruktur begünstigte Kommerzialisierung und wirtschaftliche Entwicklung sowie Wachstum. Der Staat stand privatem Unternehmertum positiv gegenüber. Weil der westlich-imperiale Diskurs das kaiserliche China vor allem als despotisches rückständiges Imperium wahrnimmt, übersieht er die spezifische Modernität dieses Reiches und seiner Nationalstaatlichkeit (Wang Hui 2014: 13; siehe auch Zhang Yongle 2010). Das Ausmaß der Rationalisierung und Formalisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, der damit verbundene Ethos, die hohen Freiheitsgrade und Aufstiegs- wie Entwicklungsmöglichkeiten, der Grad der Individualisierung wurden aufgrund eines »orientalistischen Blicks«, der die nichtwestlichen Gesellschaften nur als große rückständige Gemeinschaften wahrnimmt, die im ständigen Kotau vor dem Westen verharren sollen, nicht zur Kenntnis genommen.

Zu den Mythen über das »alte China« gehört auch die Vorstellung von einem Reich, das hinter hohen Mauern in weitgehender

Abgeschiedenheit gegenüber der »Welt« verschlossen war. Die beiden »Opiumkriege« 1840–1842 und 1858–1860 dienten nicht der »Öffnung« Chinas, sondern waren im Gegenteil vor allem durch das große Handelsdefizit des Westens mit China bedingt. China war eines der führenden Zentren einer hochintegrierten Weltwirtschaft. Zwischen 1719 und 1833 sollen über sechstausend Tonnen Silber nach China geflossen sein (gefördert vor allem in Lateinamerika unter unmenschlichen Bedingungen), um die chinesischen Waren, die der Westen bezog, vor allem Seide, Tee, Keramik, Gewürze, Lacke, feine Baumwolle, zu bezahlen (Leutner 2012: 122f.). Das Handelsdefizit des Westens gegenüber China wurde durch den illegalen Opiumsmuggel reduziert, den die chinesische Regierung zu stoppen suchte. 1838 sollen es fast 2.000 Tonnen Opium gewesen sein, die vor allem britische »Handelsgesellschaften« nach China schmuggelten.² Über ein ganzes Jahrhundert wurde China in eine »Opium-Falle« getrieben und die westlichen imperialistischen Mächte agierten im Verein mit ihren Handelsgesellschaften als Drogenkartelle, wie Mechthild Leutner detailliert in der zitierten Studie aufzeigt. Das staatlich organisierte, mit Kanonenbooten militärisch durchgesetzte Drogenoligopol war eine aus Sicht der britischen Regierung unverzichtbare Säule ihres strahlenden Empire. Bis heute ist die westliche Literatur durch die »Verharmlosung des Aktes der Süchtigmachung signifikanter Bevölkerungsschichten zur Erzielung großer wirtschaftlicher Profite und immenser politischer Macht, nicht durch einzelne Kriminelle, sondern durch gezieltes Agieren ganzer Staaten und Regierungen« (Leutner 2012: 122) und global agierender Monopolgesellschaften geprägt.

Die chinesische Gesellschaft war keineswegs nur auf die Vergangenheit bezogen. Ihr wohnte auch ein konfuzianisch-daoistischer Messianismus inne. Es ging um die Zukunftsvision

² Nur zum Vergleich: »Nach Schätzungen der US-Antidrogenbehörde (DEA) werden Drogen im Wert von 20 bis 40 Milliarden Dollar pro Jahr aus Mexiko und Kolumbien in die USA geschleust. Jahr für Jahr, so die Zahlen des US-Justizministeriums, gehen 700 Tonnen Kokain und 4 000 Tonnen Marihuana in die USA. Für die 20 Millionen Konsumenten in den USA.« (Scheidges 2023)

einer Gesellschaft der großen Gleichheit und harmonischen Gemeinschaftlichkeit (Bauer 1974: 11), die erst noch zu schaffen sei. Diese Vision brach sich in der großen Taiping-Revolution von 1850 bis 1864 Bahn (Spence 1997), in der viele Grundzüge der chinesischen Entwicklung der darauf folgenden einhundert Jahre vorweggenommen wurden. Sie wurde auch in den Krisen der Qing-Dynastie am Ende des 19. Jahrhunderts wieder aufgegriffen, beeinflusst vor allem über die Schrift von K'ang You-wei (1858–1927) »Das Buch der Großen Gemeinschaft«. Dieses Buch prägte Generationen chinesischer Revolutionäre. Kang You-wei interpretierte Konfuzius als eingreifenden Reformers, reformulierte dessen humanistische Vision als Zukunftsentwurf und entwarf ein umfassendes Programm, wie noch im »Zeitalter der Unordnung« die »ersten Maßnahmen zur Gründung der Großen Gemeinschaft getroffen werden« können, die dann über ein »Zeitalter der Festigung des Friedens und der Gleichheit« schließlich im »Zeitalter des ständigen Friedens und der völligen Gleichheit im Stadium der Vollendung der ›Großen Gemeinschaft‹« münden würden (K'ang Yu-Wei 1974: 93).

Der seit den Opium-Kriegen offenkundige Niedergang Chinas und seine Kolonialisierung dürfen nicht absolut verstanden werden – er war relativ zu der wissenschaftlichen, industriellen, politischen und militärischen Revolution in Westeuropa, traf aber auf eine Gesellschaft, die selbst über starke innere Entwicklungspotenziale verfügte. Es kam zu einer Periode von Niederlagen und der gleichzeitigen Formierung wesentlicher Bedingungen radikaler Erneuerungen, die sich dann am Anfang des 20. Jahrhunderts zur Geltung brachten. Vollständig konnte China durch die westlichen Mächte nie unterworfen werden. Es blieb als eine sog. Halbkolonie Beutegemeinschaft der imperialistischen Großmächte Großbritannien, Frankreich, Russland, den Niederlanden, den USA, zu denen sich Deutschland und Japan dazu gesellten. In den Jahrzehnten nach dem Ende der Qing-Dynastie (nach 1911) vermochte China unter den Bedingungen von Bürgerkrieg und dem Eroberungskrieg Japans Leistungen zu erbringen, die erstaunen sollten. Wie Mühlhahn schreibt: »1911 war China ein Vorreiter des globalen Wandels,

der Erneuerung und Revolution. [...] China erschuf auch ein dynamisches System der Hochschulbildung – ein System, das die Wissenschaftler und Technokraten späterer Generationen ausbilden sollte. Es stärkte seine Armee, baute Institutionen wieder auf, mobilisierte und disziplinierte seine Bürger und verteidigte das Land erfolgreich.« (Mühlhahn 2022: 382f.) In dieser Zeit formierte sich zudem eine neue Gestalt des Kommunismus in den von der KPCh kontrollierten Gebieten Chinas, die sich von Beginn an vom sowjetischen Kommunismus unterschied. Für China gilt, dass es das Land ist, »wo die Geschichte der kommunistischen und anticolonialen Bewegung in eins zusammenfallen« (Losurdo 2017: 267).

Die Zeit der relativen geopolitischen Schwäche, technologisch-ökonomischer und militärischer Rückständigkeit und Armut war gemessen an 3.000 Jahren der Stärke relativ kurz – gut 150 Jahre. Und jetzt soll es von heute an nicht einmal mehr 30 Jahre dauern, folgt man der Zielstellung der KPCh, bis der alte Zustand zivilisatorischer Größe im Ergebnis des »großartigen Wiederauflebens der chinesischen Nation« (Xi Jinping 2017) wieder hergestellt sein wird. Es ist dieses eine Ziel, das über alle Regierungssysteme hinweg die Eliten Chinas und große Teile seiner Bevölkerung seit über 150 Jahren bewegt. Wenn es in China eine Zivilreligion gibt, die tief im Herzen der Chinesinnen und Chinesen verankert ist, dann ist es das Narrativ der eigenen Geschichte und der Mission, sie auf moderne Weise fortzuführen (Senger 2008: 36).

Der westliche Blick auf China ist nicht nur durch das Vorurteil seiner großen früheren Rückständigkeit, sondern auch sprachlich verstellt, und dies nicht nur im engeren Sinne eines Schriftsystems mit Zehntausenden von Zeichen. Es gibt mindestens vier, mehr oder minder unterschiedliche wissenschaftliche bzw. politische Sprachen, mit denen China beschrieben wird. Es sind dies die Sprache der KPCh, die des innerchinesischen sozialwissenschaftlichen Diskurses einschließlich dem des chinesischen liberalen, konfuzianischen und neuen linken Diskurses (siehe Lu Jie/Wang Ban 2012), des westlichen liberalen sozialwissenschaftlichen Diskurses und des westlichen Marxis-

mus. 2010 wurden chinesische Intellektuelle nach der dominierenden Denkschule in China gefragt: 38 Prozent verwiesen auf Nationalismus/Etatismus, 22 Prozent auf Sozialismus mit chinesischen Merkmalen, 14 Prozent auf demokratischen Sozialismus, 13 Prozent auf Liberalismus, 8 Prozent auf Maoismus und 4 Prozent auf Neokonfuzianismus (Zhou Lian 2012: 6).

Der westliche Diskurs zu China ist durch eine merkwürdige Konvergenz des liberalen Mainstreams und von größeren Teilen der marxistischen und autonomen Linken geprägt. Beide sind sich einig, dass es sich beim Wirtschaftssystem Chinas um eine kapitalistische Marktwirtschaft handelt, nur wird dieser Kapitalismus von den einen begrüßt, von den anderen dagegen strikt abgelehnt. In völliger Übereinstimmung befinden sich beide politisch-intellektuellen Strömungen bei der Ablehnung des politischen Systems als das eines Autoritarismus. Während der liberale Mainstream vom Standpunkt eines liberal-demokratischen Kapitalismus urteilt, blicken eine Reihe von Marxist*innen und Linke aus dem Blickwinkel des libertären Sozialismus auf China. Bei beiden Ansätzen ist Demokratie vor allem in der freien Meinungs- und Entscheidungsbildung der Einzelnen gegründet und von dort her legitimiert. Die Führungsrolle einer kommunistischen Staatspartei ist für beide Theorie- und Ideologieansätze gleichermaßen illegitim. Das wirtschaftlich-politische System Chinas wird übereinstimmend als »Staatskapitalismus«, »bürokratischer Kapitalismus«, »staatlich durchdrungener Kapitalismus« oder auch »Markt-Leninismus« (siehe Boer/Ping Van 2021; Wemheuer 2020: 3) bezeichnet.

Jede und jeder, der sich aus dem Westen China zuwendet, muss sich in den Worten von Edward Said fragen, »wie es möglich wäre, anderen Kulturen und Völkern im Geiste der Freiheit, das heißt ohne die Absicht der Unterdrückung oder der Manipulation, zu begegnen« (Said 2009: 35). Die Vertreter der KPCh und des chinesischen Staates sowie viele Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik können noch so sehr auf die Erfolge Chinas bei der Armutsbekämpfung, dem wirtschaftlichen Aufbau, der Schaffung von umfassenden Netzen sozialer Sicherheit, der breiten politischen Beteiligung der Bevölkerung und vieler ihrer

Gruppen sowie auf den friedlichen Charakter des Aufstiegs Chinas zu einer Weltmacht und die Bemühungen um die kooperative Gestaltung der Außenbeziehungen im Sinne einer viel beschworenen Win-win-Politik verweisen. Vom Standpunkt der normativen Annahmen des westlichen Mainstreams mit seiner Gleichsetzung von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie mit Freiheit und seines libertären linken Flügels sind diese Ergebnisse, so beeindruckend sie an sich sein mögen, auf grundsätzlich falsche Weise entstanden. So erscheint auch das erreichte Gute noch schlecht. Den liberalen Strömungen sind die Methoden nicht marktwirtschaftlich, sprich: kapitalistisch, genug, für die Marxisten sind sie viel zu sehr kapitalistisch. Und politisch sind sich beide einig: Das chinesische System ist ein System der Unfreiheit. Die Liberalen lehnen die Führung der KPCh ab, weil sie in ihren Augen autoritär-kommunistisch ist, größere Teile der Linken verurteilen sie, weil sie ihrer Ansicht nach als diktatorischer Handlanger des Kapitalismus wirkt.

Gemeinsam ist dem westlichen Blick auf China eines: Keine der Strömungen war vorbereitet auf die rasante und innovative Entwicklung Chinas nach 1978, weil westliche Grundannahmen – zumindest in den letzten 45 Jahren – widerlegt wurden: Entgegen aller theoretischen Gewissheiten im Westen gingen Marktwirtschaft und kommunistische Einparteienherrschaft Hand in Hand, die Mittelschicht unterstützt das politische System, die sozialen Spaltungen destabilisieren nicht, sondern werden verstärkt ausgeglichen, der chinesische Staat zeigt hohe Flexibilität und Lernfähigkeit und die chinesische Kultur steht Innovation nicht im Wege (Heilmann 2016: 12–15). Offenheit gegenüber der Welt und Sicherung der politischen Einheit und Stabilität wurden bisher verbunden.

Eine besondere Schwierigkeit beim Blick auf China besteht darin, dass viele Entwicklungen in diesem Land deshalb schlicht nicht zur Kenntnis genommen werden, weil sie nach den westlichen Maßstäben als irrelevant angesehen werden oder negativ erscheinen. So erscheinen alle politischen Veränderungen, die im Rahmen des chinesischen politischen Systems der Führung durch eine leninistisch-maoistische Partei erfolgen, bedeutungs-

los, da geglaubt wird, »dass die einzigen sinnvollen politischen Reformen demokratisierende Reformen sind« (Dickson 2016: 11). Dabei wird überhaupt nicht gefragt, ob nicht wesentliche Modifikationen innerhalb des gegebenen Systems möglich sind und vorgenommen wurden, die ggf. auch dessen demokratische Züge stärken. Es wird ausgeblendet, dass die gleichen Anliegen und Aufgaben in unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen, aber eben auch politischen Systemen mit gleichem Erfolg durch stark voneinander abweichende Institutionen wahrgenommen werden können. Es handelt sich dann um Institutionen, die zumindest in bestimmter Hinsicht äquivalente Funktionen (siehe am Beispiel von sozialer und politischer Partizipation Heberer/Schubert 2007: 19) ausüben, obwohl sie sich der institutionellen Form nach deutlich voneinander unterscheiden oder sogar völlig gegensätzlich sind. Wenn es China nicht gelungen wäre, derartige funktionale Äquivalente zu entwickeln, die es dem Land erlauben, den Herausforderungen komplexer moderner Gesellschaften in Zeiten der Globalisierung zu begegnen, so die im Folgenden vertretene Auffassung, dann wären die bisherigen Erfolge in keiner Weise verständlich. Es ist dringend angebracht, gegenüber China mehr von jenem Pragmatismus walten zu lassen, den man an Deng Xiaoping zu Recht lobt: Hauptsache ist, die Katze fängt Mäuse. Repressionen stecken zweifelsohne in China die äußeren Ränder jenes Rahmens ab, außerhalb dessen Sprechen und Handeln durch den Staat unterdrückt wird. Dies ist ein deutlich anderer Rahmen als in liberalen Demokratien. Zugleich bedeutet dies im Umkehrschluss, dass innerhalb dieses Rahmens ein beträchtlicher Bewegungsraum existiert, den man dringend zur Kenntnis nehmen muss.

Niemand kann gegenwärtig sagen, wie groß dieser Bewegungsraum Chinas in Zukunft ist. Er erweist sich bisher auf jeden Fall als deutlich größer, als vor dem Hintergrund der sowjetischen Erfahrungen angenommen wurde. Es bleibt auch offen, ob es überhaupt Grenzen der innersystemischen politischen Entwicklung gibt und das politische System tatsächlich, wie immer wieder behauptet wird, in absehbarer Zeit in unlösbare Widersprüche zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen

tritt. Ausgehend von modernisierungstheoretischen Annahmen war immer wieder vorhergesagt worden, dass China spätestens in den 2020er-Jahren zur liberalen Demokratie übergehen würde (Inglehart/Welzer 2005: 190f.; Rowen 2007). Bisher zumindest ist dies nicht erkennbar. Gleichzeitig vollziehen sich in bisher liberalen politischen Systemen Übergänge zum Illiberalismus, die bislang nur als Pathologien verstanden werden und nicht als immanente Folgen des Liberalismus selbst. Offensichtlich bedarf es eines neuen sozialwissenschaftlichen Paradigmas, das beiden Entwicklungen gerecht wird.

Wie schon der klassische Orientalismus ist auch der westliche China-Diskurs »durchsetzt [...] mit europäischen Überlegenheitsphantasien, verschiedenen Formen von Rassismus, Imperialismus und Chauvinismus, dogmatischen Ansichten ›des Orientalen‹ [sprich heute: ›des Chinesischen‹, M.B.] als gleichsam ideale, feststehende Abstraktion« (Said 2009: 17). Eine jüngere Analyse der China-Berichterstattung in den deutschen Medien während der Pandemie kommt zu dem Schluss: »Insgesamt herrscht ein Ungleichgewicht zwischen chinesischen und nicht-chinesischen Quellen und Akteuren zulasten der chinesischen Seite. [...] Statt nur über China und Chines*innen sollte mehr mit Chines*innen gesprochen werden, auch um die oft präsentierte konfrontative Denkweise von ›wir gegen die Anderen‹ aufzubrechen.« (Changbao Jia et al. 2021: 8, 11)

Zumindest aus Sicht der Chinesinnen und Chinesen ist die Zeit des Machtgefälles zwischen den USA oder Westeuropa einerseits und der VR China andererseits vorbei. Die Sowjetunion konnte dieses Machtgefälle militärisch im Bereich der Nuklearstreitkräfte weitgehend ausgleichen, zeitweise auch politisch und ideologisch. Die VR China hingegen ist auf einer Breite von Feldern dem Westen ebenbürtig geworden, die das westliche Selbstverständnis im Kern erschüttert. In gerade einmal 40 Jahren hat sich China »von einer Gesellschaft mit der größten von Armut geplagten Bevölkerung der Welt zu einer ›mäßig wohlhabenden Gesellschaft‹ mit der größten Bevölkerung mit mittlerem bis hohem Einkommen der Welt entwickelt« (Hu Angang et al. 2021: 15). Andere Länder des globalen Südens, vor allem Indien, könn-

ten schnell folgen. Dies muss auch die Diskurse verändern, nicht zuletzt die sozialwissenschaftlichen. Wenn eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie ein politisches System in zentralen Bereichen gegenüber anderen Ordnungen und Systemen weitgehend gleichwertige, auf bestimmten Gebieten auch höhere Leistungen erbringt, so stoßen sozialwissenschaftliche Konzepte an ihre Grenzen, die von der grundsätzlichen Überlegenheit (normativ wie faktisch) eines gesellschaftlichen Systems gegenüber dem anderen ausgehen. Wenn die westlichen Analytiker wie bestellte Richter, um Immanuel Kant zu paraphrasieren (Kant 1968: 10), dem Forschungsgegenstand China die Fragen in einer Weise vorlegen, dass immer vor allem eine einzige Antwort herauskommen muss – die Volksrepublik befinde sich noch nicht auf der Höhe des Westens, weil es keine freien Wahlen gibt, weil die Marktwirtschaft nicht frei von der Lenkung durch die KPCh ist, weil die öffentliche Meinung nicht unabhängig von der Partei gebildet wird usw. usw., dann bleibt der Volksrepublik nichts anderes übrig, als sich schuldig zu bekennen im Sinne der Anklage und sich zugleich zu weigern, sich einem solchen voreingenommenen Gericht zu stellen, das den Anderen daran misst, ob er sich den Maßstäben des Verhörenden unterworfen, sprich »westernisiert« hat.

Vor dem Weltgericht, wer wusste dies besser als Hegel, gilt vor allem die Macht, gegründet auf einer wirkungsmächtigen Idee. Die Frage ist, ob die VR China neben ihrer unübersehbaren Macht auch auf einer solchen Idee beruht. Man könnte natürlich annehmen, dass China wie die Sowjetunion nur auf sehr begrenzte Zeit (aber im Falle der Sowjetunion immerhin über 70 Jahre) eine beträchtliche Macht zu entfalten vermag und am Ende unvermeidlich dem westlichen Weg folgen muss, um nicht unterzugehen. Dies wird mit jedem vergehenden Jahrzehnt aber immer unglaubwürdiger. Es gibt einerseits Positionen wie die von David Shambaugh: »Ich glaube, das Endspiel der kommunistischen Herrschaft in China hat begonnen, und es ist weiter fortgeschritten, als viele denken.« (Shambaugh 2015) Andererseits aber heißt es: »Die beharrliche Suche Chinas nach Alternativen und Varianten zur westlichen Moderne trotz dominanten westlich

orientierten Konzepten von Modernität und Modernisierung.« (Mühlhahn 2022: 13) Selbst eine zeitlich begrenzte Wirkung eines Gesellschaftssystems muss, wenn es welthistorische Folgen hat, in seinen Stärken ernst genommen werden.

Was aber, wenn man noch weiter geht: Welche Fragen müsste man an den Analysegegenstand China richten, wenn man davon ausgehen würde, dass der Westen wie China gegenwärtig gleichwirksam und gleichwertig sind? Dies hieße nicht, dass ihre Wirksamkeit in jedem der Felder gleich stark sei und die von ihnen vertretenen Werte in jeder der Beziehungen eine gleiche Ausstrahlung habe, sondern nur, dass ihr jeweilige Stärken wie Schwächen eigen sind, die in ihrer Resultante ein ähnliches Maß von Wirkungsmacht und Ausstrahlung erzeugen. Wenn das stimmt, dann sollte die vom Westen ausgerufene Systemrivalität auf Augenhöhe auch sozialwissenschaftlich wie ideologisch und nicht nur technologisch, ökonomisch und politisch sehr ernst genommen werden.

Die allererste Grundvoraussetzung für jedes sinnvolle Verhältnis zu China ist es, anzuerkennen, dass die Führung der Volksrepublik Werte vertritt, die Berührungspunkte mit Werten haben, die auch in vielen anderen Gesellschaften, darunter westlichen, geteilt werden. Die normativen Differenzen dürfen nicht verabsolutiert und sollten auch nicht zu Gut und Böse aufgeladen werden. Es sind Differenzen im gemeinsamen Spektrum von Zivilisationen. Alle großen Zivilisationen verkörpern bestimmte gemeinsame humanistische Werte in jeweils besonderer Ausprägung. Die Politik der chinesischen Führung ist wertebasiert. Die Interessen werden ausgehend von diesen Werten interpretiert. Es gehört zu den verhängnisvollen Annahmen im Westen, dass der Wertediskurs in China nur eine Fassade rüder Machtpolitik sei. Ich werde deshalb im Weiteren die Dokumente der KPCh als Ausdruck einer wertebasierten Ideologie im Sinne eines kollektiv organisierten Bewusstseins ernst nehmen.

In dem Buch »Sozialismus neu verstehen« wurde versucht, Sozialismus als spezifische solidarische Vermittlungsform der Widersprüche komplexer Gesellschaften zu verstehen. Es wurde behauptet, dass eine solche Vermittlung zwei normative Aus-

gangspunkte hat – den der Individuen und den des gemeinschaftlichen Gesellschaftskörpers. Dies wurde hingeführt zu der These von den zwei Formeln des Sozialismus, zu den zwei Eigentümern, der Vielfalt der Besitzformen und Regulationsweisen sowie zu Demokratie als Ausdruck einerseits des Willens der vielen Einzelnen und andererseits des gemeinschaftlichen Willens aller (vgl. hierzu Brie 2022: 113ff.). Historisch hat der Liberalismus vor allem die Seite der Individuen stark gemacht, während der Kommunismus die des Gemeinschaftlichen in modernen Gesellschaften betonte. China verkörpert ausgehend von einer solchen Sicht auf moderne Gesellschaften einen Entwicklungsweg, der unter dem Primat des Kommunistischen starke liberale Elemente (und dies nicht nur in der Wirtschaft) integriert. Meines Erachtens erlaubt es eine solche Perspektive, die neu erklärte Systemrivalität des Westens mit China konzeptionell ernst zu nehmen und nicht auf einen bloßen Kampfbegriff zu reduzieren, China gemeinsam mit anderen relativ erfolgreichen Gesellschaften auf Augenhöhe zu vergleichen, aber auch zu zeigen, dass alle Gesellschaften vor der Notwendigkeit einer großen Transformation im globalen Maßstab stehen und zu dieser beitragen müssen: die einen mit einer stärker liberalen, die anderen mit einer stärker kommunistisch geprägten Orientierung.

Im Weiteren werde ich den in »Sozialismus neu entdecken« entwickelten methodologischen Ansatz auf China beziehen. Dabei folge ich dem Rat von Jan Turowski: »Gleichwohl wird Sozialismus in China und insbesondere auch in der Kommunistischen Partei weniger als Zustand, sondern eher als strategisch zielgerichteter Entwicklungsprozess verstanden und diskutiert. Angesichts der Vielzahl von sozial-ökonomischen Herausforderungen und Zwängen der alltäglichen Politikgestaltung und -implementierung ist die chinesische Sozialismusdebatte im Grunde eine Hintergrundmelodie, die den praktischen Politikbetrieb mal lauter, meist leise und kaum wahrnehmbar begleitet. Es ist eine theoretische Debatte, die im ständigen Wechselspiel mit den realpraktischen Entwicklungen, Interessenkonflikten und Policy-Erfordernissen steht, sich entsprechend verändert,

experimentiert, sich anpasst und dennoch den Politikprozess richtungsweisend und langfristig strukturiert. Nicht zuletzt hat sie eine normative, gleichwohl abstrakte Zielvorgabe und einen komplexen Katalog von Begriffen und historischen Referenzen bereitgestellt. Im Westen hingegen ist die Debatte, ob China sozialistisch ist oder nicht, oft eher unproduktiv auf den Zustand ausgerichtet, der sodann in binäre Kategorien einsortiert gehört: Sozialismus oder nicht?« (Turowski 2021b: 7)